

Kliniken behandeln immer weniger Patienten – doch der Anteil der COVID-Fälle wächst seit Impfbeginn

5 Aug. 2022 19:31 Uhr

Der Herbst rückt näher und damit ein neues Infektionsschutzgesetz. Erneut will die Bundesregierung repressive Maßnahmen unter anderem von der Auslastung der Kliniken abhängig machen. Doch die Patientenzahlen sinken in Wahrheit. Nur der Anteil schwer kranker Corona-Patienten steigt seit Beginn der Impfungen.



Quelle: www.globallookpress.com © IMAGO/Michael Bihlmayer

Erschöpfter Arzt oder Pfleger trägt Covid-19 Schutzkleidung und schaut aus dem Fenster, Überlastung und Stress im deutschen Gesundheitswesen.

von Susan Bonath

Der dritte Corona-Winter steht bevor. Trotz (oder wegen?) einer Impfquote von über **76 Prozent** und einer Boosterquote von rund 62 Prozent wurden in Deutschland zuletzt wieder fast 100.000 neue **positive Testfälle** pro Tag gemeldet – mitten im Hochsommer. Die Ampel-Regierung hat dafür bereits einen Entwurf für ein **neues Infektionsschutzgesetz** (IfSG) eingetütet. "Wir setzen auf eine Kombination aus Inzidenz, Einweisungen in die Kliniken und Abwasseruntersuchungen", kommentierte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) am Mittwoch den zu diesem Zeitpunkt noch nicht veröffentlichten Entwurf.

Es geht also wieder los: Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) will die Impfkampagne erneut hochfahren, obgleich Lauterbach nun selbst einräumte, der Schutz gegen die munter mutierenden

Omikron-Varianten liege auch nach einer vierten Impfung bei "weniger als 40 Prozent". Mit einer neuen Maskenpflicht in Innenräumen und an allen möglichen Orten ist zu rechnen. Es wird gestritten, ob sich Kinder in Schulen wieder hinter Masken verschanzen und sich mehrmals wöchentlich anlasslos testen lassen müssen. Und wer weiß: Vielleicht müssen Ungeimpfte bald wieder draußen bleiben.

Eigentlich bräuchte es für derlei harte Grundrechtseinschränkungen – ja, auch die Maskenpflicht gehört dazu – eine ebenso harte Evidenz. Doch die konnte sogar eine Expertenkommission bei den meisten Maßnahmen nicht beziffern. Es fehlen Kohortenstudien und damit Daten. Das hält die Regierung nicht davon ab, für Einschränkungen aller Art auf die gleichen Parameter zu setzen, wie seit März 2020. Mit Ausnahme der Absicht, das Abwasser auf Viren zu untersuchen, bleibt es wohl dabei: Ausschlaggebend sollen die Inzidenz, also die Positivtests pro 100.000 Einwohner, und die Auslastung der Kliniken sein. Das ist fatal.

Immer weniger Patienten in Kliniken

Erstens müsste nach zweieinhalb Jahren wirklich jedem klar geworden sein, dass die Zahl der Positivfälle mit der Anzahl der Testungen korreliert. Das sagt, für sich genommen, konkret nichts über die Krankheitslast in der Bevölkerung aus. Noch bedenklicher ist das zweite Kriterium: die Auslastung der Krankenhäuser. Denn es ist schlicht logisch, dass ein Gesundheitswesen, das immer weiter marktkonform gestutzt wird, immer weniger Patienten versorgen kann.

Wenn eines feststeht: Es ist nicht das Coronavirus, das für Überlastung in den Kliniken sorgt, sondern der wachsende Personalnotstand. Tatsächlich sind die Patientenzahlen gegenüber 2019 massiv zurückgegangen, wie aus den [Daten](#) des Instituts für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) hervorgeht. Demnach behandelten deutsche Kliniken von Januar bis Mai 2019 insgesamt 8,22 Millionen Patienten. Im gleichen Zeitraum 2020 sank die Zahl der stationär Behandelten auf 6,87 Millionen. Von Januar bis Mai 2021 wurden sogar nur knapp 6,5 Millionen Patienten in einer Klinik aufgenommen; und in den ersten fünf Monaten dieses Jahres – die Daten liegen seit kurzem vor – waren es 6,82 Millionen. Das ist ein anhaltender durchschnittlicher Rückgang der Patientenzahlen um 17 Prozent gegenüber der Zeit vor Corona.

Mehr Hochbetagte auf den ITS

Auch auf den Intensivstationen (ITS) gibt es nicht viel mehr Behandlungsbedürftige als sonst. Im Jahr 2019 erfasste das InEK in den ersten fünf Monaten insgesamt 746.300 ITS-Fälle. Für diesen Zeitraum im Jahr 2020 meldete es 677.300 Fälle, im vergangenen Jahr 742.000 Fälle und in diesem Jahr 757.300 Fälle. Der leichte Anstieg der ITS-Patienten 2022 geht laut Daten ausschließlich auf Über-80-Jährige zurück. Die Intensivstationen versorgten in den ersten fünf Monaten 2019 rund 182.700 Erkrankte dieses Alters, in diesem Jahr waren es 204.400, etwa zwölf Prozent mehr. Dies könnte mit dem rasanten Anwachsen der Generation 80 plus von 5,4 auf 6,1 Millionen Menschen, also um rund 13 Prozent, in den letzten drei Jahren zusammenhängen.

Es sind noch weitere Faktoren denkbar, zum Beispiel das Geld. Weil Kliniken für ITS-Patienten, insbesondere für beatmete, höhere Pauschalen erhalten als für gewöhnliche Patienten, ist der Anreiz für sie jedenfalls vorhanden, ältere Menschen kurz vor ihrem Tod noch auf eine ITS zu schieben, sie vielleicht sogar an eine Maschine zu hängen.

Bettenabbau geht weiter

Merkwürdig ist, dass der leichte Anstieg der ITS-Fälle gegenüber 2020 und 2021 nicht zu den Daten der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) passt. Die DIVI erfasst nämlich die tägliche Gesamtbelegung auf den Intensivstationen. Diese geht demnach kontinuierlich zurück. Im ersten Halbjahr wurden laut DIVI so wenige erwachsene Patienten pro Tag auf einer ITS betreut, wie seit Mitte 2020 nicht. Am 2. August dieses Jahres befanden sich dort rund 17.900. Am 3. August 2021 versorgten die [Intensivstationen](#) rund 18.900 Kranke, am 4. August 2020 waren es sogar 19.800. Das ist ein Rückgang der täglichen Auslastung um fast zehn Prozent binnen zweier Jahre.

Die Daten verdeutlichen zudem einen massiven Abbau der Intensivbetten seit 2020. Anfang August 2020 meldete die DIVI noch insgesamt 28.430 betreibbare Betten für Erwachsene. Genau ein Jahr später waren es nur noch 22.600 Betten. Aktuell gibt die DIVI sogar nur noch 20.900 betreibbare ITS-Betten für Erwachsene an – Tendenz sinkend. Das ist ein Rückgang binnen zweier Jahre um mehr als 26 Prozent. Darüber hinaus sank die angebliche Notfallreserve an Betten für Schwerkranke von 11.800 auf 8.100. Es ist allerdings stark zu vermuten, dass diese Reserve mangels Personals ohnehin nicht betrieben werden kann.

Immer mehr COVID-Patienten

Kurios ist noch ein anderer Fakt: Das BMG und seine untergeordneten Institutionen nötigen seit eineinhalb Jahren die Menschen zum Impfen, weil dies, so hat man sich jetzt geeinigt, vor einem schweren Verlauf schütze. Da mit einem leichten Verlauf wohl niemand ins Krankenhaus muss, verwundern die InEK-Daten sehr: Die Zahl der Patienten, die wegen oder mit Corona in einer Klinik behandelt wurden, haben sich seit Beginn der Impfkampagne vervielfacht. Das passt nicht zur Begründung der Befürworter.

So behandelten die Kliniken von Januar bis Mai 2020 insgesamt rund 34.500 positiv getestete Erwachsene. Im gleichen Zeitraum des Jahres 2021 stieg diese Zahl um das 6,5-Fache auf gut 224.000 Fälle an. Und in den ersten fünf Monaten dieses Jahres versorgten die Krankenhäuser sogar 318.000 Erwachsene wegen oder mit Corona – ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 42 Prozent.

Von einer nennenswerten Abnahme der Coronafälle auf den ITS kann auch keine Rede sein. Dort verzeichnete das InEK für Januar bis Mai 2020 rund 34.500 Erkrankte ab 18 Jahren. Im gleichen Zeitraum 2021 erfasste es mit fast 59.000 Fällen rund 70 Prozent mehr Kranke. Auch in diesem Jahr gingen bis Ende Mai rund 57.600 Fälle in die Statistik ein, also kaum weniger als letztes Jahr.

Mehr schwerkranke Kinder – ist die Impfung schuld?

Noch Fataleres zeigt sich, wenn man im InEK-Browser die Altersgruppe der Null- bis 17-Jährigen auswählt und bei Nebendiagnosen den Code U07.1 für "Coronavirus nachgewiesen" eingibt, dazu die ersten fünf Monate des jeweiligen Jahres auswählt. In diesem Zeitraum wurden 2020 nur 367 positiv getestete Kinder und Jugendliche stationär behandelt, 2021 waren es knapp 3.800, also gut zehnmal mehr, und 2022 sogar mehr als 29.000 – fast achtmal mehr als im Vorjahr. Ähnlich ging es offenbar auf den Intensivstationen zu: Für die ersten fünf Monate 2020 verzeichnet das InEK lediglich 20 behandelte Minderjährige mit positivem Test, ein Jahr später waren es 366 und in diesem Jahr sogar fast 1.700.

Was auffällt: Bei den Erwachsenen kam es Anfang 2021 zu einem massiven Anstieg der corona-positiven Patienten, der seither auf einem Plateau zu verharren scheint. Bei den Kindern sieht man dieses Phänomen erst zu Beginn dieses Jahres – obwohl seit Januar die mildere Omikron-Variante des Virus grassiert. Es ist wenig plausibel, dass Omikron die bisher kaum vom Virus betroffenen Kinder kränker machen könnte, Erwachsene aber nicht.

Aber es gibt einen Unterschied zwischen den beiden Gruppen, der einiges erklären könnte: Die Erwachsenen werden seit Anfang des vergangenen Jahres geimpft, die Kinder erst seit dessen Ende. Sind die Impfungen gar die Ursache für die massive Zunahme der Krankheitsfälle, neuerdings auch bei Kindern und Jugendlichen? So verzeichneten die Krankenhäuser im gesamten Jahr 2020 sechs an oder mit Corona verstorbene Minderjährige, 2021 waren es zwölf. Aber in diesem Jahr meldeten sie bis Ende Mai bereits 29 Todesfälle in dieser Altersgruppe.

Regierung ignoriert Schäden

Die Daten sind in vielerlei Hinsicht erklärungsbedürftig. Das kann die Autorin nicht leisten – und die Politik will das offenbar nicht untersuchen lassen. Sonst hätte sie es längst tun können. Fakt ist aber eines: Der Staat ist gesetzlich dazu verpflichtet, ein der Bevölkerungsstruktur angemessenes Gesundheitssystem bereitzustellen. Dafür zahlen alle hier lebenden Menschen Steuern in vielfältiger Form.

Dazu gehört es, die Kliniken und die ambulante Versorgung entsprechend auszustatten und die Sicherheit und Wirkungsweise von Arzneimitteln ständig zu prüfen. Dazu gehört es hingegen gewiss nicht, repressive Maßnahmen zu verhängen und damit den Menschen Grundrechte zu verwehren, um ein bewusst kaputtgespartes Gesundheitssystem, das offensichtlich den Bedürfnissen der Bürger nicht genügt, vor einer befürchteten Überlastung zu schützen – was ersichtlich nicht einmal gelingt.

Mit ihrem ignoranten "Weiter so" verstößt die Bundesregierung ganz klar gegen ihre gesetzlichen Pflichten. Mehr noch: Es spricht einiges dafür, dass sie mit ihrer Gesundheitspolitik – und nicht nur dieser – fortgesetzt Schaden anrichtet – frei nach der Prämisse: Augen zu und durch. Das muss aufhören, und zwar sofort.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.